Nr. 266 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 29. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Rundsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.80. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Zur Genesung Deutschlands

Man hatte von dem Kabinett Fehrenbach erwartet, daß es beim Wiederzusammentritt des Reichstages kundgeben würde, daß es aus dem Stadium des Suchens, Abwägens und Beratens nun mit einem klaren Programm heraustreten würde auf die Plattform des aktiven Handelns, daß es nach sechs Monaten des Ueberlegens nun dem deutschen Volke zeigen würde, wie der kranke Wirtschaftskörper des Reiches wieder gesund gemacht, wie die Zerrüttung der Finanzkraft endlich aufgehalten, wie das entnervte politische Leben des Reiches wieder zu Besonnenheit und Klugheit zurückgeleitet werden kann.

Der Erwartungen also waren viele und der Hoffnungen noch größere. Man rechnete auf eine beinahe zauberhafte Wunderkraft, glaubte an die Erlösung vom Uebel durch das Erscheinen eines Gedankens von durchschlagender Ueberzeugung und hinreißender Gewalt. Bei den letzten Reichstagswahlen hatte doch die siegende Partei verheißen, daß sie die Erlösung aus der Not bringen würde. Sie hatte das uneingeschränkt behauptet, ohne die beschränkende Hinzufügung, daß die Krallen des Friedensvertrages nicht alle Kräfte zum Wiederaufbau zu freier Betätigung freigeben würden. So kam die erste Enttäuschung, auch die Partei des Wiederaufbaus mußte sich in Spa dem tyrannischen Fehdespruch des Feindes beugen, um das eigene Land nicht noch tiefer in Verknechtung sinken zu lassen.

Jetzt, da man die ungeheure Uebermacht der Tatsachen über den guten Willen erfahren hat, der vor seiner Betonung durch die „Partei des Wiederaufbaus" zuvor in nicht minderem Maße auch bei den übrigen mitregierenden Parteien des Bürgertums vorhanden war, da gibt man einige Ziele an, die bei näherer Betrachtung eigentlich selbstverständlich erscheinen. Reichskanzler Fehrenbach hat sie in großen Umrissen dahin gekennzeichnet:

In Landwirtschaft und Industrie Erzielung des höchsten Nutzeffekts durch Wiedererlangung der deutschen Arbeitsfähigkeit,
Sanierung der deutschen Verkehrspolitik,
Ordnung der Finanzen,
Rückkehr auf den Weltmarkt,
Fortbildung der Arbeiterpolitik nach modernen Grundsätzen.

Das alles ist es, was uns heute an offenen, von Schmerz durchtobten Wünschen den Busen bewegt. Das Ziel scheint uns so hoch und hehr, daß jeder gute Deutsche, dem nicht Wahnsinn den Verstand zerfetzt, vor allen in Ehrfurcht niedersinken möchte, die ihm den rechten Weg zu dem Ziele zeigen, wie es Fehrenbach aufstellt. Aber der Reichskanzler verzichtete auf Einzelheiten. Er überließ die Ausführungsbestimmungen seinen Mitarbeitern im Reichskabinett, deren Pläne im Anschluß an seine Uebersicht vorgetragen werden sollen.

Da kam zunächst Reichsfinanzminister Wirth mit der Verkündung neuer Richtlinien für Ersparnispolitik bei den Reichsausgaben, besonders auch durch schnellen Abbau der scheinreichen Kriegsgesellschaften, anderseits mit der Ankündigung der Umgestaltung des Reichsnotopfers auf die außerordentlichen Gewinne der letzten Monate. Mit allen Bestrebungen in dieser Hinsicht aber werden wir nicht vorwärts kommen, wenn wir alle aus dem Friedensvertrag aufgebürdeten Leistungen in Geldform begleichen sollen. Der Friedensvertrag muß, und damit brachte der Finanzminister einen neuen grundlegenden Gedanken, dem wir nur die überzeugendste Durchschlagskraft auch bei Deutschlands Feinden wünschen möchten, der Friedensvertrag muß durch Arbeit und Waren abgetragen werden. Ein hartes und schweres Wort für ein hochstehendes und freies Volk, aber eine Fügung des unerbittlichen Schicksals, wie es einem starken Volke in bestimmten Pausen immer wieder zur Prüfung auferlegt wird. Der Deutsche erinnere sich der grimmigen Not und der harten Prüfung der Willenskraft des französischen Volkes in den ersten zwei Jahren des Weltkrieges, und der gute Deutsche, der keine Schwäche des Verzagens kennt und keine Tücke des Schicksals fürchtet, er wird mit stolz erhobenem Haupte, sich wohlbewußt seines Wertes als unentbehrliches Glied der kulturellen Völkergemeinschaft hintreten und mit seinem Minister sagen: Ich werde dienen, um mein Volk aus den Tiefen der Gegenwart wieder hochzubringen zu einem besseren Los!

Wir müssen den Mut haben, so wie es der Reichsfinanzminister wünscht, auf dem Gebiete der Wirtschaft zu Taten und zu sozialem Ausgleich zu kommen. Wir müssen mit Entschlossenheit den neuen Weg beschreiten, den uns der nationale Gedanke weist, geläutert durch das soziale Gefühl. Das deutsche Volk hat noch nicht wieder gelernt, die Not als gemeinsame zu fühlen. Wir waren schon einmal so weit. Es war im Jahre 1914, als Deutschland die Gefahr drohte von Ost und West her zermalmt zu werden. Da empfand man in tiefster Seele die Not, die der deutschen Kultur, welche Gemeingut der Reichsten wie der Aermsten, drohen würde, wenn sich nicht das gesamte Volk in vereinter Kraft zu ihrer Verteidigung aufraffen würde.

Diese gemeinsame, in jahrhundertelanger kühner Geistes- und Handarbeit geschaffene deutsche Gemeinschaftskultur steht auch heute wieder auf dem Spiele, bedroht vom Osten her durch fremdländischen, zersetzenden Parteifanatismus, vom Westen her durch Frankreichs ungeheure Rüstungen, die eine militärische Zwangsherrschaft auf dem Kontinent erstreben; diese Bedrückungen noch verstärkt mit Hilfe der Machenschaften in den Abstimmungsgebieten.

Um alle Gefahren abzuwenden, die dem deutschen Volke in dieser höchsten Not unmittelbar vor Augen stehen, dazu bedarf die deutsche Regierung, ganz gleich, welche Mehrheit sie geschaffen und welche sie betreut, sie bedarf der treuen und einsichtigen Mitarbeit aller Parteien, denn ihnen allen liegt ob das Wohl von Volk und Reich. Können wir uns zu diesem Ziele durchringen, wie es unser Reichskanzler am Schlusse laut und eindringlich zurief, dann werden wir nicht nur die schweren Pflichten des Friedensvertrages erfüllen, sondern mit voller Gewißheit auch die Versprechungen des Friedensvertrages erleben können. Nur durch Einigkeit kommt die Gnadung!

Der englisch-französische Meinungsstreit

Von unserm P-Mitarbeiter

Paris, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die Erörterung des englisch-französischen Zwischenfalls steht im Vordergrund des Interesses. Der „Temps" schreibt: „Der Kern der verschiedenen Aeußerungen entspricht genau dem, was Lloyd George sagte, als das Kabinett Millerand auf eigene Faust Frankfurt a. M. besetzte. Die englische Regierung hat Frankreich und die andern Verbündeten einfach vor eine vollendete Tatsache gestellt. Begreiflicherweise muß das alle diejenigen überraschen, die des solidarischen Charakters der Verbündeten sich bewußt sind. Die Folge dieser englischen Politik der vollendeten Tatsache ist, daß den andern Verbündeten nichts andres übrigbleibt, als zugunsten Deutschlands den gleichen Schritt zu tun und den Verzicht zu leisten, um die einseitige Begünstigung der englischen Handelsbeziehungen zu vermeiden, aber aber ihre eigenen Handelsinteressen zu opfern." Das „Journal des Débats" möchte in dem englischen Vorgehen nur einen ganz engbegrenzten Einzelfall sehen und kein generelles Eingreifen in die Bedingungen des betreffenden Paragraphen des Versailler Vertrags. Das Blatt verhehlt sich aber nicht, daß die Form, oder besser gerade die Mißachtung der Form, mit welcher der englische Verzicht mitgeteilt wurde, geeignet sei, Bedenken zu erregen. Man könne nicht anders, als diese peinliche Formlosigkeit als einen Weg oder eine Einladung auffassen, daß auch Frankreich Deutschland gegenüber Mäßigung an den Tag lege. Hierin läge die große Gefahr. Jenseits des Kanals sei der alte Geist der Konkurrenz wieder erwacht und er drohe den bisherigen Geist des gemeinsamen Miteinanderrechnens zu verdrängen. „Croix" sieht in der ganzen Angelegenheit eine neue Bestätigung dafür, daß das englische Kabinett nur insoweit auf den Vollzug des Friedensvertrages bestehen will, als ein solcher im englischen Interesse liege.

Man sieht, die Kritik richtet sich im wesentlichen gegen die Auffassung, daß

die schleunige Wiederherstellung des freien zwischenstaatlichen Güteraustausches die einzige Rettung Europas

ist, und man kann den Grad der Verblendung ermessen, wenn diese Binsenwahrheit den Franzosen nicht in den Kopf gehen will. Der „Temps" findet für den Londoner Beschluß sogar das Wiekliv „unpolitisch". Vielleicht hat sich Jean Herbette, der Leiter des „Temps", selten so vergriffen wie mit diesem Ausdruck, denn die Quelle der staatsmännischen Kunst in Lloyd George ist gerade sein Sinn für das Politische. Man kann an der Geistesverfassung Frankreichs verzweifeln, wenn man sieht, daß immer noch zwei Jahre nach dem Waffenstillstand kein Verständnis dafür vorhanden ist, daß die Zeit des Schlachtenschlagens vorüber ist. Geradezu grotesk wirkt aber der Umstand, daß man derjenigen Nation, welche mit der Blockade den Sieg erzwungen hat, das Recht abspricht, auf die Fortsetzung dieser Blockade zu verzichten.

Denn der Versailler Vertrag ist in nichts anderes, als die Blockade in andrer Form

Nichts kann den einzig möglichen Ausweg illustrieren, als eine Meldung der Londoner „Financial News", daß die amerikanische Standard Oil Company mit ihrer freien Konkurrenz gegen die holländische Royal-Gesellschaft und gegen die englische Anglo-Persian Company auf dem Schweizer Markt einen Preissturz von 65 auf 45 Franken per 100 Kilo herbeigeführt hat.

•

Eine englische Stimme

Kopenhagen, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Londoner drahtlosen Meldung übt der Londoner „Evening Standard" Kritik an der Stellungnahme der französischen Blätter in Sachen der britischen Aktion, verschweine, für Deutschland unangenehme wirtschaftliche Bedingungen des Friedensvertrages einzuschränken. Das Londoner Blatt weist darauf hin, daß im Dezember die britische Regierung bekanntgegeben habe, daß die Deutschen ermächtigt wären, wieder im britischen Reich Besitztümer zu haben und Schulden einzugehen. Der letzte deutsche wirtschaftliche Bericht beweise aber, daß die Wirtschaftsbedingungen des Friedensvertrages die Handelsbeziehungen sehr belästigten. Der „Evening Standard" meint, es sei doch besser, zu sagen, daß die Beseitigung dieser Bedingungen nicht unter deutschem Druck geschehen sei. Im Gegenteil: es handle sich um die britischen Interessen, und die Einziehung der Einschränkungsbedingungen diene dazu, die „Räder des Handels zu ölen". Besonders die Schiffahrt habe unter diesen Bedingungen sehr gelitten. Es verstehe sich, daß die Beseitigung dieser Bedingungen nichts mit den Vorkriegsschulden und der Wiedergutmachung zu tun habe. Das Blatt fügt hinzu, daß die französischen Fachmänner von ihrer Regierung ein direktes Handeln verlangen sollten, weil dies einen bedeutenden Schritt vorwärts zum Wiederaufbau der zerrütteten Wirtschaft Europas bedeuten würde.

•

England und Frankreich

Genf, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet: In der Wiedergutmachungsfrage bestätigt sich die Annäherung zwischen Frankreich und England nicht. Das französische Kabinett beriet nach dem Ergebnis der Sitzung vom Mittwoch auf Repressalien, Okkupation des Ruhrgebietes usw., wenn Deutschland nicht zahlen will, und auf Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Summe durch die Wiedergutmachungskommission.

•

Die Dieselmotoren

+ Köln, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Köln. Ztg." zufolge ist eine englische Note angekündigt, die eine Freigabe der Dieselmotoren vorsieht. Diese Note wird am Freitag hier eintreffen und dann wird der Reichsminister Dr. Simons hierzu Stellung nehmen.

•

Eine französische Stimme zur Vernunft

Paris, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Bérenger erklärt im Pariser „Midi", die angeblich von der britischen Admiralität geforderte Zerstörung der deutschen Dieselmotoren bedeute eine abnorme Interpretation des Friedensvertrages und eine direkte Gefahr für die regelmäßige Abführung der französischen Guthaben durch Deutschland. Die Dieselmotoren seien im Wahrheit das mächtigste Werkzeug für die industrielle Wiederherstellung Europas. Sie zu zerstören, hieße die gesamte Industrie töten und die Teuerung künstlich organisieren.

•

Die Leiden des Rheinlandes

zg. Karlsruhe, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In Saarbrücken sind am Montag neue schwarze Truppen eingerückt. Infolge des letzten deutschen Beamtenstreiks im Saargebiet sind zum 30. Oktober 26 Beamte des Saarstaates fristlos entlassen.

•

Die Danziger Frage

Genf, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die polnischen Delegierten bestehen nach wie vor auf Annahme des polnischen Staatsvorschlages durch den Freistaat Danzig. Daran werde auch die vom Botschafterrat neuerlich gestellte Frist für neue Verhandlungen nichts ändern.

Der Krieg im Osten

Rotterdam, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Riga: Die Polen stehen wieder vor Kowno. Man erwartet einen neuen großen Angriff auf das litauische Gesamtheer.

•

Die Ratifizierung des russisch-polnischen Vorfriedens

Riga, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Volkskommissar Tschitscherin hat durch einen Funkspruch der polnischen Delegation in Riga mitgeteilt, daß das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjets den Vorfriedensentwurf ratifiziert hat. Am 25. d. M. sandte ebenfalls der polnische Außenminister Sapieha einen Funkspruch nach Moskau, worin er die Sowjetregierung von der Ratifizierung des Rigaer Vertrags durch den Staatspräsidenten Pilsudski in Kenntnis setzt.

Der neue König von Griechenland

Genf, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet aus Athen: Die Proklamation des Königs Paul ist vom Kabinett Venizelos vollzogen. Dem König Konstantin wurde die durch den italienischen Gesandten nachgesuchte Erlaubnis zur Teilnahme an der Beerdigung seines Sohnes nicht erteilt.

Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks

London, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) „Manchester Guardian" meldet: Der Streik der Bergleute ist beigelegt. Die Bergarbeiter werden die Arbeit am 1. November wieder aufnehmen. Die Regierung gewährte eine sofortige Lohnerhöhung von zwei Schilling. Das Exekutivkomitee der Bergleute erklärte sich bereit, die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenförderung auf sich zu nehmen.

Vor der Kabinettsbildung in Wien

Wien, 28. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Es verlautet, daß die Christlichsozialen ihre Regierungstätigkeit zunächst auf die Erledigung wichtiger wirtschaftlicher Maßnahmen richten werden. Es soll ein Wirtschaftskabinett aus Beamten und Parlamentariern gebildet werden. In der Haltung der Großdeutschen Partei gegenüber den Christlichsozialen ist eine Annäherung zu verzeichnen, die es wahrscheinlich macht, daß die Großdeutschen sich mit den Christlichsozialen zu einer Arbeitsgemeinschaft bereitfinden werden.

Gegen Schieber und Wucherer

× München, 28. Oktober. In Verfolg ihrer Verordnung gegen das Wucher- und Schiebertum veröffentlicht die bayrische Regierung einen Aufruf an das bayrische Volk, in dem sie bekannt gibt, daß sie sich gezwungen sehe, die Strafen gegen Schieber und Wucherer bis zum Erlaß entsprechender reichsgesetzlicher Vorschriften durch einstweilige Anordnung beträchtlich zu erhöhen. Nach der gleichzeitig erschienenen Verordnung wird derjenige, der sich schnöder Gewinnsucht schuldig macht, oder aus diesen Straftaten ein Gewerbe macht, oder die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfes erheblich gefährdet, mit Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und zugleich mit Geldstrafe von 100 000 M. bis zu einer Million Mark bestraft. Neben der Strafe ist auf Einziehung des Ueberpreises eventuell des gesamten Vermögens des Täters, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht zu erkennen. Dem Täter ist der Betrieb seines Handels oder Gewerbes und jeder andre Handels- oder Gewerbebetrieb zu untersagen.

Die große politische Aussprache

Deutscher Reichstag

22. Sitzung, Mittwoch, 27. Oktober

Das Haus ist mäßig besucht. Am Regierungstisch: Reichskanzler Fehrenbach, Minister Simons, Heinze, Giesberts, Geßler, Wirth, Braun.

Das Haus tritt in die erste Lesung des Haushalts ein.

Die Reichskanzlerrede

Reichskanzler Fehrenbach: Meine Damen und Herren! Als wir im Sommer auseinandergingen, hatten wir die Aussprache über Spa hinter uns. Unheimlich lastete auf uns allen der Druck des neuen Diktats, das wir über uns hatten ergehen lassen müssen. Es war ein Moment, wo mit unbarmherziger Klarheit unserm Volke vor die Augen trat, unter welches drückende Joch es gebeugt war. Damals wurden die Verfügungen getroffen, die endgültig festlegten, daß wir aus der Reihe der waffenmächtigen Nationen gestrichen waren. Was man uns ließ, genügte nach allgemeinem Urteil nicht einmal, um die Ruhe im Innern unsres bis ins tiefste aufgeregten Volkes zu sichern. Was uns blieb, war nichts andres als eine kümmerliche Polizeimacht. Unsre Lage ist die:

Wir sind militärisch gebrochen, politisch stillgelegt und ringen wirtschaftlich um den kärglichen Lebensatem

Ein Volk in dieser Lage darf keinen Abenteuern ausgesetzt werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Jeder kleinste Fehler kann die schwersten Konsequenzen haben. Daraus ergibt sich die Mahnung zu steter und wachsamer Besonnenheit. Der Frieden von Versailles bringt es mit sich, daß zahllose Kommissionen im deutschen Lande tätig sind. Im Ertragen dieser Dinge können wir Würde zeigen. Leider ist sie nicht immer gewahrt geblieben. Auf die Folgen weise ich warnend hin. Ein schwerer Fehler, der uns in den letzten Abgrund gestürzt hätte, wäre es gewesen, wenn wir uns hätten verleiten lassen, in den russisch-polnischen Krieg einzugreifen. (Sehr wahr!) Es gab nur eine Parole für uns, die der strikten Neutralität. Wir haben durch alle Anfechtungen unsre Politik durchhalten können, und dem deutschen Volke ist es erspart geblieben, zu allem andern Jammer auch noch den zu erleben, daß es die Schlachten fremder Gewalthaber auf seinem eigenen Boden hätte schlagen müssen. Vielleicht ist auch heute noch nicht diese Gefahr ganz überwunden. Jedenfalls haben wir Anstrengungen gesehen, um die deutschen Arbeiter vor den russischen Kriegswagen zu spannen.

Der gute Geist unsres Volkes wird sich stark genug erweisen, um diesen Verlockungen auf die Dauer zu widerstehen

Oft hat es geschienen, als ob der Teil unsrer Bevölkerung, dessen Wohl und Wehe mit den Vorgängen im Osten besonders eng verknüpft ist, nicht genügend die Gefahren beachtete, die immer drohend an unserm westlichen Himmel stehen. (Sehr richtig!) Vielleicht haben sich auch das diejenigen nicht ganz klar gemacht, die sehnsüchtig danach verlangten, daß wir den Gewaltakten der Polen in Oberschlesien mit Gewalt begegnen sollten. In der Kette, die uns drückt, greift ein Glied in das andre. Und wenn im Osten an ihr gerüttelt wird, fühlen die Glieder im Westen um so schneidender ihren schmerzhaften Druck. Das ist das Entscheidende in unsrer ganzen Lage und nötigt unsrer äußeren Politik in vielen Beziehungen die Zwangsläufigkeit auf, gegen die man wohl große Worte machen kann, die zu beseitigen aber bisher noch niemand Mittel und Wege gewiesen hat. (Sehr richtig!) Innerhalb dieser Grenzen, die deutlich zu bezeichnen meine Pflicht ist, glauben wir nichts versäumt zu haben, was unsre auswärtige Lage verlangt.

Einen deutschen Militarismus gibt es nicht mehr. (Widerspruch links.) Wenn man sich draußen in der Welt noch gelegentlich bemüht, den blutlosen Schemen des deutschen Militarismus zu beschwören, um eigene militärische Pläne zu decken, so möchte ich glauben, es wird heute niemand mehr getäuscht damit, es sei denn, daß er ein Interesse hat, sich täuschen zu lassen. (Zustimmung.) Militärisch sind wir gegenwärtig nur Zuschauer der machtpolitischen Kämpfe, die sich in der Welt abspielen und die innerhalb der europäischen Arena vornehmlich den

Anspruch Frankreichs auf die Hegemonie auf dem Kontinent

zur Erscheinung bringen. Frankreich besitzt eine gewaltige Militärmacht, verstärkt um die Kräfte, die ihr aus der Militärkonvention mit Belgien und aus dem engen Verhältnis zu Polen zuwachsen. Daß alle diese militärischen Veranstaltungen notwendig wären, um das zerschmetterte Deutschland niederzuhalten, zu diesem frommen Glauben wird sich die Welt nicht allzulange mehr verstehen. Von deutscher Seite liegt heute jedenfalls kein Hindernis mehr vor, dem großen Gedanken der Abrüstung überall zum Siege zu verhelfen. (Zustimmung.) Wir warten darauf, daß die großen Militärmächte von heute dem Beispiel folgen, das wir nach ihrem Willen gegeben haben. Nach den Bedingungen des Friedensvertrages soll die deutsche Abrüstung nur die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung sein. Wir haben ein Recht darauf, daß im Geiste dieser Bestimmung gehandelt wird.

Weiter die Entwaffnung! Auch hier geht es in normaler Weise voran. Unsre Zuversicht ist gestiegen, daß es uns gelingen wird, die uns gestellten Anforderungen zu erfüllen. Mit Befriedigung möchte ich aber feststellen, daß gerade

der Fortgang der Entwaffnungsaktion als ein Zeichen einer gewissen inneren Beruhigung unsres Volkes

zu unsern Gunsten gebucht werden kann.

Sodann das Kohlenabkommen! Diese härteste Probe, die unserm Wirtschaftsleben auferlegt worden ist! Wir sind bisher nicht hinter dem zurückgeblieben, was von uns verlangt wird. Die deutschen Wirtschaftsinteressen haben überall zurückstehen müssen.

Frankreich ist überreichlich mit deutschen Kohlen versorgt

Dafür wird bei uns ein Hochofen nach dem andern ausgeblasen, leiden die Industrie und der Verkehr

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201029/1